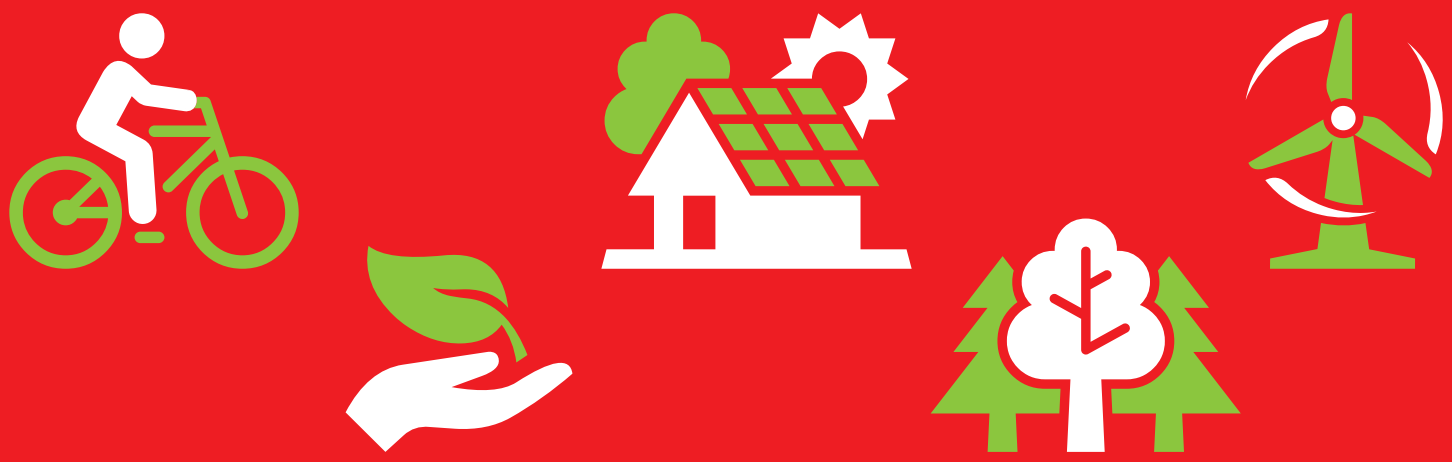
SPD BERLIN | FORUM SOZIALER KLIMASCHUTZ

SOZIALDEMOKRATISCHE NARRATIVE FÜR EINE GERECHTE KLIMAPOLITIK



SPD BERLIN | FORUM SOZIALER KLIMASCHUTZ

SPD Landesverband Berlin · Kurt-Schumacher-Haus · Müllerstraße 163 · 13353 Berlin
E-Mail: berlin@spd.de | Tel.: 030.4692-222 | https://spd.berlin • Stand: April 2025

SOZIALDEMOKRATISCHE NARRATIVE FÜR EINE GERECHTE KLIMAPOLITIK

INHALT

Vorwort 4

Narrative auf einen Blick 5

Narrative en detail 6

1. Rahmensetzung: Die Klimakrise als soziale Frage

2. Narrative der Klimapolitik

a. | Unsoziale Klimapolitik als Freiheitseinschränkung 7

b. | Klimaschutz als Gewährleistung von Freiheit 8

c. | Klima- und Umweltschutz als Verbesserung des Ist-Zustands 8

d. | Regulierung beugt Verteilungskonflikten vor 8

e. | Individueller Klimaschutz 8

f. | Klimaschutz als Jobquelle 9

g. | Ökonomische Vernunft 10

h. | Klimaschutz als langfristige Aufgabe 10

Vorwort

Aktuell ist die Diskussion um Klimapolitik von fahrlässiger **Desinformation** sowie gezielten Falschinformationen geprägt. Seitdem die Ampelkoalition ins Amt gekommen ist, kommt Deutschland bei der Transformation erstmals in die konkrete Umsetzung, die spürbare, von der Bevölkerung stärker als zuvor wahrgenommene Veränderungen mit sich bringt. Manche nutzen die daraus resultierende Angst der Menschen für ihre Agenden aus – sie haben in der Öffentlichkeit im Moment **kommunikative Deutungshoheit**. Es droht eine **Blockade von wichtigen Transformationsprozessen**.

Allerdings ist das nur möglich, weil wir als Sozialdemokratie keine **konsistenten eigenen Narrative** entlang politischer Maßnahmen vertreten. Klimaschutz ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Das weiß auch die Mehrheit der Deutschen: 80 Prozent finden es gut, dass ein ökologischer Umbau stattfindet, weil sie ihn für notwendig und wichtig halten. Gleichzeitig fürchten 74 Prozent der Menschen, dass sich die Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen armen und reichen Menschen vergrößern werden.

Dieser Angst müssen wir durch ein Narrativ begegnen, das die Schwarzmalerei beendet und die Chancen der Transformation aufzeigt, andererseits ohne Umschweife harte Realitäten adressiert und die notwendigen Maßnahmen klar benennt. Wer den Kampf der klimapolitischen Narrative gewinnt, gewinnt die Wählerschaft der nächsten Jahrzehnte. Diesen Kampf müssen wir führen – und wir alle, Mandatsträger*innen wie ehrenamtliche Genoss*innen, müssen auf ihn vorbereitet sein. Hierzu dienen die folgenden Narrative.

Franziska Niedworok & Joschka von Polenz
Co-Vorsitzende · Forum Sozialer Klimaschutz der SPD Berlin

Narrative auf einen Blick

- **Die Klimakrise ist eine soziale Frage!**
  Sie betrifft insbesondere ohnehin vulnerable Personen, ob Einkommensschwache, Kinder oder Menschen, die körperlich schwer arbeiten. Wir müssen die Krise deswegen anpacken – und dabei gleichzeitig nur Maßnahmen ergreifen, die sozial ausgewogen sind.
- **Unsoziale Klimapolitik schränkt Freiheit ein!**
  Bleibt insbesondere der CO2-Preis ohne sozialen Ausgleich, zum Beispiel eine Förderung für den Neueinbau von klimafreundlichen Heizungen, führt das faktisch dazu, dass manche Menschen nicht mehr heizen können.
- **Klimaschutz gewährleistet den Erhalt von Freiheit!**
  Zum Beispiel die Freiheit, saubere Luft zu atmen oder als hitzeempfindliche Person ohne Bedenken vor die Tür treten zu können.
- **Klima- und Umweltschutz können den Ist-Zustand verbessern!**
  Zum Beispiel durch den verbesserten Anschluss von ländlichen Regionen an den ÖPNV.
- **Regulierung beugt Verteilungskonflikten vor!**
  Allgemeine Regeln, die die Gesellschaft über den Gesetzgeber für alle festlegt, verhindern Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Ressourcen.
- **Individueller Klimaschutz der Richtigen!**
  Jede individuelle Hilfe von Bürger*innen, auch der Verzicht auf den Mallorca-Urlaub oder Billigfleisch, ist richtig und löblich. Verzichten müssen aber insbesondere diejenigen, die extrem viel CO_2 ausstoßen – die Reichsten der Gesellschaft! Sie müssen strukturell mehr belastet werden.
- **Klimaschutz kann eine Jobquelle sein!**
  Nicht die Transformation bedroht den Standort Deutschland, sondern die verschlafene Transformation. Klar ist allerdings auch: Manche Industrien werden nicht weiter produzieren können. Für ihre Beschäftigten wollen wir als SPD alles tun, damit sie weiter in tarifgebundenen, guten Jobs arbeiten können.
- **Klimaschutz ist durch ökonomische Vernunft geboten!**
  Klimaschutz kostet – die Klimakrise kostet viel mehr. Hochwasserschäden und andere Extremwetterereignisse könnten ohne Anpassung schätzungsweise 900 Milliarden Euro Kosten verursachen.
- **Klimaschutz ist eine langfristige Aufgabe!**
  Wir müssen alles tun, um die Klimakrise zu bekämpfen. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass ein zu schnelles, reaktionäres Vorgehen dafür sorgt, dass die Bevölkerung sich überfordert fühlt. Es darf nicht dazu kommen, dass Mehrheiten für den Klimaschutz wegbrechen.

Narrative en detail

1. Rahmensetzung: Die Klimakrise als soziale Frage

Die Klimakrise ist eine der größten sozialen Fragen unserer Zeit. Zwar sind alle Menschen von ihr betroffen. Je nach Einkommen, sozialem Status und anderen sozioökonomischen Faktoren fallen die **Konsequenzen der Krise** für jeden Einzelnen jedoch sehr **unterschiedlich aus**. Sie beeinflussen Lebensstandards und soziale Strukturen grundlegend und werfen Verteilungsprobleme auf. Obwohl **Haushalte mit niedrigem Einkommen** weniger klimaschädigend leben, bedroht die Klimakrise vor allem diejenigen, die ohnehin schon am verletzlichsten sind: Dazu gehören in Deutschland insbesondere Kinder, Senior*innen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Menschen in prekären Wohnsituationen und mit niedrigem sozioökonomischem Status insgesamt. Besonderen Herausforderungen sind auch vor allem Arbeitnehmer*innen ausgesetzt, die körperlich belastende Berufe ausführen, Menschen, die im Freien arbeiten, die bei jedem Wetter den Laden am Laufen halten – Menschen, deren politische Vertretung die Sozialdemokratie ist!

Global betrachtet ergibt sich die gleiche Problematik: Es sind insbesondere die **Länder des globalen Südens**, die die Klimakrise in häufig existenzvernichtendem Maße zu spüren bekommen, gleichzeitig aber **nur für 8% der Emissionen verantwortlich** sind.

Hinzu kommt, dass Klimaschutzmaßnahmen **soziale Schieflagen** erzeugen sowie bereits bestehende Missstände verschärfen können. Klimapolitische Maßnahmen beeinflussen sowohl direkt als auch indirekt die Einkommens- und Vermögensverteilung. Dabei stehen Haushalte in Deutschland vor sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, um solche Maßnahmen umsetzen zu können. Insbesondere zugunsten der **Demokratiefestigkeit** jener Maßnahmen gilt es deswegen, die ungerechte Verteilung der Lasten zu verhindern oder zumindest die Belastung von Menschen, die sich diese nicht leisten können, auszugleichen. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, dennoch so effektiv wie möglich Emissionen zu reduzieren.

Es ist deshalb unsere Aufgabe als SPD, die ökologische Transformation mit unserem sozialdemokratischen Anspruch der sozialen Gerechtigkeit zu vereinen. Wir machen das Prinzip des **sozialen Klimaschutzes** zur **Kernaufgabe der Sozialdemokratie**.

Mit diesem Prinzip lösen wir die abstrakte Forderung, „Deutschland“ möglich effizient klimaneutral zu machen ab und ersetzen sie durch die Maßgabe, allen Menschen in Deutschland ein lebenswertes und klimaneutrales Leben ermöglichen zu wollen – unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Vermögen, dem Baujahr ihres Hauses oder der Mietsituation.

2. Narrative der Klimapolitik

a. | Unsoziale Klimapolitik als Freiheitseinschränkung

In den vergangenen Jahren haben neoliberale Kräfte das Freiheitsnarrativ für sich vereinnahmt – auch in der Klimapolitik. Die Mär lautet: Linke Parteien wollen Einschränkungen von Freiheit zugunsten von sozialer Gerechtigkeit in der ökologischen Transformation, während neoliberale Parteien die Freiheit der „Normalbürger*innen“ hüten. Doch diese eindimensionale Auffassung von Freiheit wird der Differenziertheit unseres Daseins nicht gerecht:

Wenn **neoliberale Parteien** von Freiheit sprechen, dann meinen sie meistens die **Freiheit von gesetzlicher Regulierung** als unmittelbare Freiheitsbeschränkungen. Das Argument lautet: Der Staat soll sich nicht einmischen, es braucht stattdessen schlicht Marktanreize. Bleiben Marktmechanismen wie Preisanreize jedoch ohne eine regulatorische Ergänzung, können sie zu **mittelbaren Freiheitsbeschränkungen** führen.

Ein Beispiel ist der CO_2-Preis: Neoliberale Parteien schlagen vor, den CO_2-Preis **ohne differenzierte Ausgleichsmechanismen** auf dem Markt hochtreiben zu lassen, um bei Konsument*innen den Umstieg auf ein klimafreundliches Leben zu forcieren. Das Heizen soll demnach so teuer werden, dass eine Nutzung von Öl- und Gasheizungen irgendwann nicht mehr lukrativ ist und Eigentümer*innen klimafreundliche Heizkörper einbauen, um langfristig die Kosten zu minimieren. Viele Menschen, insbesondere in ländlichen Regionen, haben ihre Häuser geerbt. Diese sind meistens nicht gut gedämmt und das Hauseigentum lässt nicht immer darauf schließen, dass ein hohes Einkommen oder ein Vermögen vorhanden ist. Besagte Menschen können sich eine umfassende Sanierung und einen Neueinbau einer klimafreundlichen Heizung allein nicht leisten.

Es gibt **unzählige Fallgruppen** dieser Art in Deutschland. Das Resultat einer Politik, die bei Fragen des Klimaschutzes **allein auf den Markt** setzt, ist die Einschränkung der Freiheit, zum Beispiel in der eigenen Wohnung angemessen zu heizen, im Winter nicht frieren zu müssen oder nicht krank zu werden. Ein hoher CO_2-Preis im Mobilitätssektor, ohne dass Elektroautos für jedermann erschwinglich oder der ÖPNV ausreichend ausgebaut sind, führt in vielen Regionen Deutschlands faktisch zur Einschränkung der Fortbewegungsfreiheit. Die Freiheitseinschränkungen würden mitunter nicht die Reichsten der Gesellschaft erleiden - es wären die ohnehin Einkommensschwachen sowie die Mitte der Gesellschaft.

Eine **gesetzliche Regulierung** und **öffentliche Förderung** ist deswegen notwendig, um Freiheitseinschränkungen bei Grundbedürfnissen zu vermeiden. Im Falle des **Heizungsgesetzes** ist beispielsweise das Verbot des Neueinbaus von Gas- und nicht umfunktionierbaren Ölheizungen nach Abschluss der jeweiligen kommunalen Wärmeplanung ein Mittel, um Immobilienbesitzer*innen davor zu bewahren, mit der bevorstehenden weiteren Erhöhung des CO_2-Preises in eine Kostenfalle zu tappen. Die öffentlichen Förderungen vom Einbau klimafreundlicher Heizungen sind wichtig, weil sie sozial gestaffelt sind und damit den besonderen Lebensumständen von Personen am besten gerecht werden können.

b. | Klimaschutz als Gewährleistung von Freiheit

Durch Klimaschutz können elementare Freiheiten erhalten und wiederhergestellt werden: Die Freiheit, saubere Luft zu atmen, körperliches Wohlbefinden zu besitzen, ausreichend Nahrung und Trinkwasser zur Verfügung zu haben, in einem Zuhause zu leben, was nicht durch Extremwetterereignisse zerstört wird, Freizeit in gesunden Wäldern mit einer vielfältigen Tierwelt verbringen zu können.

Diese Freiheiten sind insbesondere für die ohnehin **Vulnerabelsten** in unserer Gesellschaft in **Gefahr**: Rentner*innen, die im Sommer aus Angst vor gesundheitlichen Risiken nicht vor die Tür treten, Menschen an Hauptverkehrsstraßen, meistens einkommensschwach und in Städten häufig migrantisch, deren Luft am meisten verpestet ist und deren grüner Ausgleich häufig zu wünschen übrig lässt.

c. | Klima- und Umweltschutz als Verbesserung des Ist-Zustands

Primär geht es beim Klimaschutz um die Bewahrung des Ist-Zustands. Klimaschutz kann aber auch den Ist-Zustand verbessern. Viele ländliche Regionen werden so erstmals **gut an den ÖPNV angeschlossen** werden. Es werden an manchen Orten erstmals **Grünflächen** entstehen, auf denen sich gesonnt und erholt werden kann und die eine eigenständige Bedeutung für die mentale Gesundheit haben. Durch eine Transformation unseres Ernährungssystems können **ernährungsbedingte Krankheiten reduziert, Lebensqualität gesteigert** und langfristig eine relevante Entlastung des Gesundheitssektors erreicht werden. Ein höheres Risiko für Komplikationen bei Schwangerschaften, Lungenkrebs, bei Kindern Depression, ADHS und Schizophrenie – all das bewirkt Luftverschmutzung heute.

d. | Regulierung beugt Verteilungskonflikten vor

Klar ist: Selbst bei Erfüllung der nationalen Klimaschutzverpflichtungen wird es absehbar eine **Ressourcenknappheit** geben, bei der die Gefahr besteht, dass Ärmere hinten runter fallen, während Reichere ihren Lebensstandard halten. Auch hier ist deswegen ein **regulatorischer Rahmen für die Verteilung von Ressourcen** sinnvoll: Durch eine Steuerung der Verknappung von Ressourcen kann die Gesellschaft über ihre Volksvertreter*innen **mehrheitlich entscheiden**, wie und an wen verteilt wird. Klimaschutzmaßnahmen, die **allgemeine Regeln** vorsehen, können damit **Verteilungskonflikte ausräumen**.

e. | Individueller Klimaschutz

Die Lebensweise jedes Menschen in Deutschland muss sich verändern, wenn die Transformation gelingen soll. In der Klimapolitik wird dafür häufig der **individuelle Verzicht** als Werkzeug der Transformation propagiert. Und es spricht nichts gegen die **freiwillige Selbstbeschränkung**, zum Beispiel von Fleischkonsum oder Autofahrten.

Die Frage ist nur, in wessen Leben so stark verzichtet werden muss und kann, dass es sich unangenehm bemerkbar macht. Wir als Sozialdemokratie benennen klar, dass wir einen Beitrag von denjenigen, die besonders viel Geld haben, politisch forcieren wollen. Anders ist die Transformation der Gesamtbevölkerung nicht zu verkaufen und sie kann auch nicht gelingen. Diejenigen, die am meisten CO_2 ausstoßen, sollten am meisten belastet werden. Nur wenn von besonders Reichen **spürbare, von der Öffentlichkeit wahrgenommene Zugeständnisse** gemacht werden müssen, lässt sich rechtfertigen, dass der Preis für Fleisch oder Billigflüge sich erhöht. Eine **strukturelle Mehrbelastung von Reichen**, zum Beispiel in Form von einer Vermögenssteuer, ist für die Finanzierung der Transformation erforderlich.

Wenn eine individuelle Beschränkung oder ein individueller Verzicht zugunsten der Transformation auch für einkommensschwache Personen notwendig erscheint, muss die Politik so agieren, dass sie durch all jene auch umgesetzt werden können.

Mitunter muss auch gesehen werden, dass individueller Klimaschutz volkswirtschaftlich ineffizient sein kann: Wenn in einem Quartier mehrere Privatleute eine Wärmepumpe einbauen, wird es unattraktiver, dorthin Fernwärme zu leiten. Die Sozialdemokratie stellt deswegen strukturelle, gemeinschaftliche Lösungen in den Vordergrund.

f. | Klimaschutz als Jobquelle

Die Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle bei grundlegenden Veränderungen ist sehr verständlich und historisch auch häufig wiederkehrend. Bisher haben sich Szenarien der **Massenarbeitslosigkeit** bei transformativen Prozessen in der Wirtschaft aber **nie bewahrheitet**. Weder bei der Erfindung des Buchdrucks, noch bei der Einführung der Dampfmaschine in industrielle Prozesse. Vielmehr verändern sich die **Arbeitsprofile**.

Beispielsweise scheinen auf den ersten Blick beim Kohleausstieg in Deutschland tausende Arbeiter*innen in Zukunft ihren Job zu verlieren. Doch bei genauerem Hinschauen werden bis zum Jahr 2030 ohnehin fast zwei Drittel der aktuell im Braunkohlenbergbau Beschäftigten in den Ruhestand gehen.

Gleichzeitig sagen wir als Sozialdemokratie klar: Die gut bezahlten, tarifgebundenen Jobs insbesondere in derzeitigen fossilen Industrien dürfen **nicht bloß durch Niedriglohnjobs ersetzt** werden. Deswegen unterstützen wir, Hand in Hand mit Betriebsräten, eine **gezielte Ansiedlung** von zukunftsgerichteten Branchen und Unternehmen, die gut und nach Tarif bezahlen. Auch eine staatlich gestützte Weiterqualifizierung ist dafür unerlässlich. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir eine menschenorientierte und realistische Perspektive einnehmen müssen: Wahrscheinlich kann es nie ein ideales Matching zwischen Industrien und den arbeitssuchenden Menschen vor Ort geben – Ortswechsel werden für manche deswegen nötig sein. Auch das erfordert eine staatliche Unterstützung. Niemand darf seinen Job verlieren, weil die Transformation erfolgt. Das ist Nährboden für Populismus.

Perspektivisch kann Klimaschutz auch Jobs schaffen: Nämlich, indem wir schnellstmöglich die Weichen für die Transformation stellen. Die Beschäftigen der deutschen Autoindustrie beispielsweise bangen nicht um ihre Jobs, weil die Transformation kommt, sondern, weil deutsche Automobilhersteller und die Politik sie bislang verschlafen haben und auf dem Absatzmarkt für E-Autos in Deutschland und Europa schwächeln.

Nicht die Transformation kostet Arbeitsplätze, die verschlafene Transformation kostet-Arbeitsplätze. Grüner Energie und grünen Technologien gehört die Zukunft!

g. | Ökonomische Vernunft

Klimaschutz kostet – aber die Klimakrise kostet viel mehr.

Die Klimakrise bewirkt eine **Zunahme der Frequenz von Extremwetterereignissen** – insbesondere Hitzeereignisse und starke Regenfälle gefährden absehbar immer mehr ganze Dörfer, Wälder, Ökosysteme und letztendlich auch Menschenleben. Allgemein wird überschlagen, dass die Kosten des Klimawandels **ohne Anpassung bis zu 900 Milliarden Euro** allein bis 2050 kosten könnten.

Gleichzeitig ist eine **ineffiziente Klimapolitik kostspielig**. Wenn Deutschland seine Klimaschutzverpflichtungen nicht einhält, wird es im Rahmen des europäischen „effort sharings" Ausgleichszahlungen an Ländern leisten müssen, die Überschüsse an Emmissionsrechten haben.

Auch im Kontext der **Schuldenbremse** ist schlicht ökonomische Vernunft geboten. Die Aufnahme von Krediten zugunsten der Transformation ist nachhaltig, weil daraus zum Beispiel Klimaanpassung finanziert werden kann, die Klimaschäden vorbeugt.

Hitze ist auch nicht nur eine Gesundheitsgefahr für große Bevölkerungsgruppen, sondern geht mit erheblichen Produktivitätsverlusten einher.

h. | Klimaschutz als langfristige Aufgabe

Klimaschutz stößt an Grenzen, wo für gesellschaftliche Mehrheiten nicht ausreichend gesorgt wurde: Die Transformation ist eine langfristige Herausforderung. Wenn wir bis 2045 Regierungen zustande bringen wollen, die die Klimakrise anpacken, müssen wir für die Demokratiefestigkeit von Maßnahmen sorgen. Wir wissen, was zu tun wäre, objektiv, um die Klimakrise zu bekämpfen – und dass unsere jetzigen Ziele das 1,5-Grad-Ziel nicht mehr verwirklichen können. Aber wenn wir unvorsichtig und reaktionär auftreten, kann das zu einem Stimmungswandel in der Bevölkerung führen, der dafür sorgt, dass Parteien, die mit konsequentem Klimaschutz nichts am Hut haben, künftig stärker werden. Gleiches gilt auch für Inkonsequenz in der klimapolitischen Linie, wie die Anzweiflung von Klimaschutzzielen. Das hilft uns langfristig wenig.

SPD BERLIN | FORUM SOZIALER KLIMASCHUTZ

Mitglied im Forum werden

Du willst bei uns Mitglied werden?

Schicke bitte eine E-Mail an:
zielgruppen.berlin@spd.de

Oder melde dich hier online an:
https://spd.berlin/mitarbeit-fachausschuesse-foren-und-arbeitskreise